

SPD-Bundestagsabgeordnete Nicolette Kressl im Durmersheimer Schützenhaus

Am 7.12. war die Bundestagsabgeordnete unseres Wahlkreises zu Gast bei der Durmersheimer SPD, um über Erfolge und Probleme bei der Integration von Ausländern zu diskutieren.

Zwar wurde auch über das Buch von Thilo Sarrazin gesprochen, wobei allerdings große Einigkeit herrschte, dass viele Passagen rassistischer Schwachsinn seien, Sarrazin aber auch auf tatsächliche Probleme hingewiesen habe. Nicolette Kressl betonte, dass man bei Sarrazin keine Legende schaffen dürfe. Es gebe auch andere Sozialdemokraten, wie z.B. den Bürgermeister des Berliner Bezirks Neukölln, die immer wieder auf die Probleme hinwiesen, ohne dass sie jemand als Ausländerfeind bezeichnen oder aus der SPD werfen wollen. Der Durmersheimer SPD-Vorsitzenden Andreas Badior führte kurz in die Geschichte der Zuwanderung in die Bundesrepublik ein:

Erst die Regierung unter Gerhard Schröder habe mit den Lügen der Bundesrepublik gebrochen. Manche Grüne wären bis dahin im Multikultirausch gewesen und hätten gar nicht sehen wollen, dass es Probleme im Zusammenleben gebe, andere hätten sich selber ein geredet, dass Deutschland kein Einwanderungsland sei und die Ausländer sowieso wieder in ihre Heimatländer ziehen würden. Die Regierung Schröder aber hätte begonnen mit den verpflichtenden Sprachkursen und einem aufgeklärten Staatsbürgerschaftsrecht eine neue Grundlage für das Zusammenleben von Deutschen und Ausländern zu schaffen. Leider hätte es der rechte Rand der CDU nicht lassen können, gegen Ausländer zu hetzen und über den Bundesrat einige Gesetze zu verhindern. So müsse sich heute ein in Deutschland geborener Türke mit 18 Jahren für eine Staatsbürgerschaft entscheiden, während die CDU in Niedersachsen sogar jemanden zum Ministerpräsidenten wählt, der zwei Staatsangehörigkeiten besitzt.

Dann stellte sich die Bundestagsabgeordnete den Fragen der Mitglieder aus den Ortsvereinen Durmersheim/Würmersheim, Au, Bietigheim, Elchesheim-Illingen und sogar aus Mörsch.

Nicolette Kressl kritisierte z.B. das geplante Betreuungsgeld der Bundesregierung. Dieses werde dazu führen, dass gerade die Eltern von

Kindern, die den Kindergarten für ihre Entwicklung besonders nötig hätten, ihr Kind zu Hause lassen würden, weil sie das Geld, das sie dafür bekämen, nötig hätten. Stattdessen sei ein verpflichtendes und beitragsfreies Kindergartenjahr, wie es Kurt Beck in Rheinland-Pfalz eingeführt habe, der richtige Weg. Auch beim drohenden Fachkräftemangel sollte die Industrie zuerst angehalten werden, ihre Arbeiter und Angestellten weiter zu bilden, anstatt von der Politik Einwanderer zu fordern. Sie betonte aber zugleich, dass auch bei den Ausländern die Anstrengung gefordert werden, und eine Verweigerung, Deutsch zu lernen auch zur Kürzung von Sozialleistungen führen müsse.

Die gut besuchte Veranstaltung dauerte sehr lange und am Ende war man sich zumindest in einem einig, dass man sich öfter treffen sollte, um über die *große Politik* zu diskutieren.